

Übersichten

Februar 1998

Außenpolitik

1 China begrüßt die friedliche Lösung der Irakfrage

Seit es Ende 1997 im Gefolge der Erklärung Bagdads, alle amerikanischen Mitglieder der UNO-Waffeninspektionsgruppe würden des Landes verwiesen, zu einer neuen „Golfkrise“ kam, hatte sich die VR China permanent gegen ein abermaliges militärisches Eingreifen à la 1991 gewandt und vor allem im Kreis der Fünf Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats – zusammen mit Frankreich und Rußland – eine Front gegen die USA und Großbritannien aufgebaut.

Die Linie, die Beijing verfolgte, läßt sich auf hauptsächlich zwei Punkte bringen: einerseits müsse der Irak weiterhin mit der UNO-Sonderkommission (UNSCOM) zusammenarbeiten und seinen Pflichten aus dem Golfabkommen von 1991 nachkommen, d.h. also auch Inspektionen auf seinem Gebiet zulassen. Andererseits jedoch habe die UNSCOM die „Würde der Souveränität des Irak“ zu berücksichtigen und gleichzeitig die amerikanische Überrepräsentanz innerhalb der UNSCOM etwas abzubauen (dazu C.a., 1998/1, Ü 7).

Die Lage hat sich beruhigt, seit UNO-Generalsekretär Annan am 20. Februar den Irak besucht und dort ein Abkommen erzielt hatte, in dem vor allem drei Punkte vorgesehen waren: (1) Der Irak wird sämtliche Orte und „Präsidentenpaläste“, in denen Massenvernichtungswaffen gelagert sein könnten, zur Inspektion freigeben, wobei Repräsentanten der Fünf Ständigen Sicherheitsratsmitglieder als Begleiter eingeschaltet werden sollten. (2) Der Irak setzt keine zeitliche Begrenzung und läßt notfalls, wenn es sich als nötig erweisen sollte, auch eine zweite Besichtigung zu. (3) Die UN Special Commission for Arms Inspection bleibt nach wie vor die zentrale Prüfkommision.

China war von den Vermittlungsergebnissen der Annan-Mission angegan, wenn nicht begeistert und begrüßte das Ergebnis „aus vollem Herzen“ (XNA in SWB, 25.2.98).

Angetan war Beijing nicht zuletzt davon, daß der Ball nun wieder aus der amerikanischen Ecke weg war und erneut bei der UNO lag. -we-

2 China ist erneut über den US-Menschenrechtsbericht empört

Am 30. Januar kam der jährlich publizierte Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums heraus, und zwar unter dem Titel „1997 Human Rights Report“, in dem jedesmal auch ein eigener „China-Teil“ abgedruckt ist.

Kaum erschienen, äußerte sowohl das chinesische Außenministerium als auch die „Chinesische Gesellschaft für Menschenrechtsstudien“ mit ihrem Vorsitzenden Zhu Muzhi Empörung. China habe auf dem Gebiet der Menschenrechte große Fortschritte erzielt, indem es für 1,2 Mrd. Menschen die tägliche Ernährung und Kleidung sicherstelle und indem es in letzter Zeit rund 50 Mio. Menschen heraus aus der Armut verholten habe (XNA, 7.2.98). All diese Verdienste freilich blieben in dem Bericht unerwähnt. Statt dessen stünden dort zahllose unbewiesene Behauptungen, u.a. auch die These, daß in China nach wie vor 350 Mio. Menschen in Armut lebten.

Den USA gehe es bei ihren Anwürfen nicht um die Menschenrechte; viel-

mehr suchten sie einen Vorwand, sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen.

In dem Bericht hatte es u.a. geheißen, daß sich die Lage der Menschenrechte im vergangenen Jahr zwar etwas gebessert habe, daß aber immer noch Tausende von Dissidenten im Gefängnis säßen. Dieses „leichte Zugeständnis“ wiederum hatte Chinas prominentesten Dissidenten, Wei Jingshen, verärgert, der 1979 wegen seiner Fundamentalkritik am Regime eingekerkert und erst eineinhalb Jahrzehnte später wieder freigelassen worden war, dann eine Ausreiselerlaubnis erhalten hatte und heute in den USA lebt. Wei, der erst im November 1997 aus dem Gefängnis entlassen worden war, hält bereits den milder gewordenen Ton der Kritik für unverantwortlich. Die Verfasser des Berichts sollten bitte nicht übersehen, daß Beijing Amerika nicht als Freund, sondern nach wie vor als Feind betrachte. Je länger man dem chinesischen Regime mit Milde entgegenrette, um so länger werde es auch vor dem Zusammenbruch bewahrt, meinte er (SCMP, 4.2.98).

In dem Bericht wird u.a. ein Liu Fanwen als „demokratischer Aktivist“ bezeichnet und seine Verurteilung zu Arbeitslager kritisiert. Liu sei jedoch, wie der Außenminister entgegenhält, kein politischer Dissident, sondern ein Hooligan, der mehrere Male Frauen sexuell belästigt habe und der erst nach mehrmaliger Wiederholung zu „Erziehung durch Arbeit“ verurteilt worden sei (XNA, 7.2.98).

Im übrigen hätten die USA keinerlei Grund, den Splitter im Auge eines anderen zu suchen, wo sie doch selbst einen Balken im eigenen Auge hätten: Jeden Tag würden in den USA 65 Menschen ermordet und 6.000 durch verbrecherisches Handeln schwer verwundet. Die Todesrate durch Verbrechen liege in den USA beim Zehnfachen verglichen mit China. Während der letzten zehn Jahre habe die Zahl der Strafgefangenen in den USA um jährlich 8,1% zugenommen. 1997 habe es in den USA 1,7 Mio. Strafgefangene gegeben – dies sind sieben pro Tausend Einwohner. Auch die Rassendiskriminierung besitze tiefe Wurzeln in den USA. Die Schwarzen, die lediglich 12% der US-Bevölkerung ausmachten,

stellten die Hälfte aller Strafgefangenen und 40% derjenigen, gegen die Todesstrafen verhängt würden. Schwarze sind also zehnmal mehr durch Todesstrafe gefährdet als Weiße. Die Armutsrate der schwarzen Familien liege um 10% höher als die der weißen und die Lebenserwartung der Schwarzen um 7,5 Jahre unter derjenigen der Weißen (XNA, 7.2.98). -we-

3 Militärisches Gipfeltreffen zwischen den zwei mächtigsten Staaten Asiens – China und Japan

Weitgehend unbeachtet von der westlichen Öffentlichkeit hat vom 3. bis 8. Februar 1998 ein Besuch des chinesischen Verteidigungsministers Chi Haotian in Japan stattgefunden. Der Verteidigungsminister der kopfstärksten Armee Asiens, Chi, verhandelte mit seinem Amtskollegen, dem japanischen Verteidigungsminister Fumio Kyuma, der seinerseits über den größten Verteidigungsetat des Kontinents verfügt. Beide waren in Zivil gekleidet, sprachen über die Verstärkung der Zusammenarbeit und vor allem über ein neues Sicherheitskonzept.

Anlaß der Visite Chis war der 20. Jahrestag der Unterzeichnung des chinesisch-japanischen „Vertrags über Frieden und Freundschaft“.

Das friedliche Bild ließ fast in Vergessenheit geraten, daß die chinesische VBA erst im Widerstandskampf gegen die Weltkriegs-II-Armee der Japaner zur Entfaltung gekommen ist und daß Japan aus chinesischer Sicht jahrelang als die eigentlich tödliche Bedrohung angesehen wurde; hatte doch die japanische Guandong (Kwantung)-Armee im Anschluß an den Mukden-Zwischenfall vom 18. September 1931 die gesamte Mandschurei besetzt und 1937 einen Eroberungskrieg gegen das übrige China angezettelt, der bis 1945 dauerte und der über 20 Mio. Chinesen das Leben kostete.

1952 hatte Tokyo einen Friedensvertrag mit der „Republik China“ auf Taiwan geschlossen und erst 1972 war es dann auch zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VR China gekommen – und damit zu einem Schritt, der auf Kosten der japanisch-taiwanesischen Beziehungen ging.

Eine echte „Vergangenheitsbewältigung“ – vergleichbar derjenigen Deutschlands – hat es in Japan nie gegeben, vor allem nicht im Hinblick auf die japanischen Greueltaten in China. Auch japanische „Entschuldigungen“ sind ausgeblieben, sieht man einmal von ein paar nichtssagenden verbalen Einlassungen Tanakas oder Hosokawas ab. Auch hat Beijing, ebenso wie seinerzeit Taipei, auf Kriegsreparationen verzichtet. Freilich sind von Japan aus viele Milliarden Dollar an Wirtschaftshilfe in die VR China geflossen – und damit Ersatzleistungen erbracht worden, die von chinesischen Kriegsoffizieren als solche allerdings nicht anerkannt werden. Nach wie vor kommt von chinesischen Kriegsoffizieren und auch von ehemaligen „Trostfrauen“ die Forderung, Japan nun endlich auch formell zu belangen.

Die chinesische Führung gibt sich jedoch damit zufrieden, daß die VR China der mit Abstand größte Empfänger japanischer Finanzhilfe geblieben ist.

Beide Seiten mißtrauen sich auch heute noch, vor allem im Hinblick auf militärische Absichten: China wirft den Japanern vor, sie bauten ihre „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ immer stärker aus, tätigten hohe militärische Investitionen und hätten, zusammen mit den USA, auch Taiwan mit in ihr Verteidigungsglacié einbezogen.

Japan weist umgekehrt auf die Rüstungsanstrengungen der VBA und auf eine Reihe von Konflikten hin, die von China eines Tages vielleicht gar militärisch gelöst werden könnten, sei es nun die Frage der Diaoyutai-Insel oder aber das Taiwanproblem.

Es war also höchste Zeit, daß man auch auf militärischer Ebene Kooperationsbeziehungen aufnahm, zumal solche Beziehungen mittlerweile ja auch zwischen Beijing und Washington wieder selbstverständlich geworden sind.

Unter diesen Umständen kam es Anfang Februar zum ersten Besuch eines chinesischen Verteidigungsministers auf japanischem Boden.

Chi Haotian wußte, was er einem solchen historischen Augenblick schuldig war und hielt deshalb am 4. Februar vor dem japanischen „Nationalinstitut für Verteidigungsstudien“ einen Vor-

trag, der unter dem Titel „Chinas Verteidigungspolitik“ stand. Tenor der Rede war letztlich der Hinweis, daß China für Japan keine militärische Bedrohung darstelle und daß die beiden Länder sich bemühen sollten, ihre Sicherheitsüberlegungen aufeinander abzustimmen. China werde sein militärisches Budget nicht wesentlich erhöhen, falls es nicht gravierend von außen her bedroht würde.

Im ersten Teil seiner Rede stellte Chi die vier „Prinzipien“ heraus, von denen die ihrer ganzen Natur nach „defensive Verteidigungspolitik“ Beijings geleitet werde – in Stichworten: (1) „Strategie der aktiven Verteidigung“, (2) Unterordnung des Verteidigungswesens unter die Gesamtinteressen der volkswirtschaftlichen Entwicklung, (3) Verschlinkung der VBA („kleiner aber effizienter“) und (4) keine Hegemonieabsichten, keine Militärallianzen und keine Truppenstationierung in Übersee (XNA, 5.2.98).

Im zweiten Teil schlug Chi drei Aspekte eines „neuen Sicherheitskonzepts“ vor, die die politische und die wirtschaftliche Basis für ein neues Vertrauensverhältnis schaffen könnten, nämlich (1) Einhaltung der „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ in den zwischenstaatlichen Beziehungen, (2) gemeinsame Prosperität und Abschaffung diskriminierender Maßnahmen als wirtschaftliche Basis und (3) Vertiefung des Dialogs und der Kooperation, Lösung von Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln und Schaffung von „Vertrauen“ – der konfuzianische Schlüsselbegriff des „Vertrauens“ (*xin*) kehrt also auch hier wieder!

Die sogenannte „Theorie der chinesischen Gefahr“ sei von feindlichen Kräften in die Welt gesetzt worden, um China seinen Nachbarländern zu entfremden und das chinesische Image zu beschädigen. Jedoch gebe es in China keine Expansionstradition und außerdem sei China, gerade umgekehrt, in neuerer Zeit zumeist selbst das Opfer gewesen: Die moderne chinesische Geschichte sei durch Territoriumsverluste, ausländische Invasionen, Ausplünderung und Unterdrückung gekennzeichnet (den japanischen Zuhörern dürfte es kaum entgangen sein, wer hier hauptsächlich gemeint war!). Auch in Zukunft werde China, eingedenk dieser Leiden, darauf bedacht sein, niemals eine Bedrohung für andere Länder darzustellen. Nicht Expansion sei das Ziel, son-

den die Entwicklung der Wirtschaft (XNA, 5.2.98).

Auf das chinesisch-japanische Verhältnis eingehend, wiederholte Chi die schon vom einstigen Generalsekretär Hu Yaobang geforderte Entwicklung „langfristiger und strategischer Beziehungen, die mit Blick auf das 21. Jahrhundert gestaltet“ werden müßten. Wünschenswert sei eine ständige Zusammenarbeit zwischen der chinesischen VBA und der japanischen Selbstverteidigungsarmee sowie zwischen Chinas Landesverteidigungsuniversität und dem japanischen Nationalinstitut für Verteidigungsstudien. -we-

4 Der Rüstungsstand in China

Beim XV. Parteitag (12.-18. September 1997) hatte Jiang Zemin angekündigt, daß die VBA in den nächsten drei Jahren um weitere 500.000 Soldaten reduziert werden solle. Damit kam erneut die Frage nach dem quantitativen und nach dem qualitativen Stand der VBA auf:

Bis zum XV. Parteitag konnte man im Westen bei den aktiven Truppen von einer Stärke von 2,9 Mio., von Reservetruppen in Höhe von 1,2 Mio. und zusätzlich von umfangreichen Milizeinheiten ausgehen.

Dies sind aber, wie gesagt, westliche Schätzungen, da die chinesische Führung den genauen Personenstand bis jetzt immer noch wie ein Staatsgeheimnis behandelt.

Immerhin gab die VBA am 7. Februar ein Zahlenwerk heraus, das die Abrüstungsintention der VRCh verdeutlichen sollte: In den 49 Jahren seit Gründung der Volksrepublik sei die VBA in bisher acht Runden um nahezu 7 Mio. Mann reduziert worden, heißt es (XNA, 7.2.98). Die Ankündigung Jiang Zemins vom September 1997 leite in den nächsten drei Jahren die neunte Kürzungsrunde ein.

Der erste Abrüstungsschritt sei Ende 1950 erfolgt, als die VBA um 17,1% auf 5,5 Mio. Mann zurückgeschnitten wurde. Im Zuge der „Kampagne gegen die US-Aggression und zur Hilfe für Korea“ von 1951 seien die Truppen jedoch wieder aufgestockt worden, und zwar auf 6,1 Mio. Mann.

Der zweite Abrüstungsschritt sei jedoch bereits im Januar 1952 eingeleitet worden und habe zu einer Reduktion der Truppen auf 3 Mio. Mann geführt. Auch der Führungsapparat und der Offiziersbestand sei-

en damals mindestens um ein Drittel gekürzt worden, wobei zahlreiche lokale Einheiten und Kommandanten überstellt wurden und ein Teil der entlassenen Offiziere an militärische Hochschulen überwiesen wurde.

Die dritte Abrüstungsrunde habe 1953 (- 23,3%) und die vierte 1957 (-33%) stattgefunden.

Träfen diese Angaben zu, wären die chinesischen Streitkräfte 1953 bereits auf 2,3 Mio. und 1957 gar auf nur noch 1,53 Mio. zurückgeschnitten worden – also etwa auf die Hälfte jener Stärken, wie sie das Londoner Institute for Strategic Studies errechnet hatte.

Eine fünfte Runde sei durch „berächtliche“ Schnitte bei der Infanterie, bei den Pionieren und beim Eisenbahnkorps gekennzeichnet gewesen. Schließlich hätten 1978, 1980 und 1985 noch eine sechste, eine siebte und eine achte Abrüstungsrunde stattgefunden, durch die zusammengenommen eine weitere Million aus der VBA herausgenommen worden sei.

Diesen Angaben nach dürfte es jetzt also nur noch rund 500.000 Soldaten geben, die, wenn die Zielangaben Jiang Zemins für die nächsten drei Jahre realisiert werden, die Zahl der VBA praktisch auf Null reduzieren würde!

Angaben dieser Art sind nicht gerade dazu angetan, der VBA-Berichterstattung ein Zeugnis von Seriosität auszustellen, zumal bei einer Null-Lösung ja auch andere Ankündigungen Jiang Zemins, nämlich über die Neugestaltung der Führungsverhältnisse, sinnlos wären: wo es keine Armee mehr gibt, braucht auch keine neue Führungsorganisation aufgezo-gen zu werden!

Es empfiehlt sich also, letztlich doch wieder auf die „konservative“ Schätzung des ISS zurückzugreifen und mit der Pauschalzahl von 3 Mio. Mann zu operieren, die dann ja auch in der Tat eine Verschlangung um 500.000 Mann gut vertragen könnten.

Und die neue Führungsstruktur? Hier geht es darum, vor allem die „Sieben Militärregionen“ sowie die „Drei Allgemeinen Abteilungen“, d.h. den überkommenen Generalstab, die Logistische Abteilung und die Allgemeine Politische Abteilung abzuschaffen und sie durch das amerikanische „joint staff system“ (*lianqin zhi*) zu ersetzen. Dies hätte den Vorteil, daß die alte „Bergfestungsmentalität“ (*shantouzhu yu*), d.h. der notorische Krieg

zwischen den einzelnen Abteilungen aufgehoben und die Voraussetzungen für eine bessere Zentralisierung der VBA geschaffen würden. Das von der früheren UdSSR übernommene Armeschema sei inzwischen veraltet und müsse durch das Modell einer modernen und schlagkräftigen militärischen Truppe ersetzt werden, weshalb auch eine quantitative Reduzierung vonnöten sei.

Zweitens solle ein „joint duty system“ nach amerikanischem Muster eingeführt werden. Unter dem Oberkommando des Verteidigungsministeriums und des ZK-Militärausschusses soll demnach ein „Joint Chiefs of Staff Council“ errichtet werden. Die Einheiten sollen nicht mehr lokal (Militärregionen, Militärprovinzen), sondern funktional aufgebaut werden, nämlich als Armee, als Luftwaffe, als Marine und als „Spezialeinheiten“, wobei jede dieser Einheiten direkt unter dem Kommando der „Joint Chiefs of Staff“ stehe.

Diese Neuformierung könnte allerdings beträchtlichen Widerstand vor allem bei jenen Offizieren auslösen, die in den nächsten drei Jahren im Zuge der Reduktion aus der Armee entlassen werden. Die Führung wird sich überlegen müssen, wie sie die betroffenen lokalen Offiziere zufriedenstellt (Bericht in der Hongkonger *Sing Tao Jih Pao*, in SWB, 21.2.98). -we-

Innenpolitik

5 2. Plenartagung des XV. Zentralkomitees der KPCh: Personaländerungen und Rationalisierung der Staatsorgane beschlossen

Vom 25. bis zum 26. Februar trat das XV. Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) zu seiner 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 192 Mitglieder des ZKs sowie 149 ZK-Kandidaten teil. Das Politbüro nahm den Vorsitz der Tagung ein. Dem Kommuniqué der Tagung zufolge wurden folgende Punkte behandelt:

- Prüfung und Genehmigung der Namensliste für die Führungspersonen der Staatsorgane, die zuvor vom Politbüro ausgearbeitet worden war und dem IX. Nationalen Volkskongreß (NVK)